FRIEDENSVERHANDLUNGEN ZWISCHEN RUSSLAND UND UKRAINE ANGESTREBT

 24.11.23

**Plan B für d. Ukraine enthüllt: Westen zwingt Kiew an Verhandlungstisch mit Russland**Die Gegenoffensive hat ihre Ziele im Großen und Ganzen verfehlt. BILD erfuhr, dass sich die Bundesregierung mittlerweile zum Hauptziel gesetzt hat, die Ukraine auf Basis des aktuellen Frontverlaufs an den Verhandlungstisch mit Russland zu bewegen. Während Scholz für Waffenstillstand argumentiert, setzt Pistorius auf Eskalation und weitere Waffenlieferungen an Kiew.
Exakt 21 Monate nach dem Beginn des Ukraine-Krieges sieht es düster für die Ukraine aus. 17 Prozent des Landes stehen unter russischer Kontrolle, im Osten des Landes rücken russische Truppen weiter vor. Dennoch glaubt die politische Führung in Kiew weiter an einen Sieg gegen die Übermacht Russland.
Allerdings bräuchte die Ukraine dafür viel mehr neue Waffen aus dem Westen, so die Experten. Die westlichen Unterstützer des Kiewer Regimes haben nach *BILD*-Recherchen hingegen ganz andere Pläne für die Ukraine. Berlin und Washington hätten sich – als größte Rüstungslieferanten der Ukraine – dazu entschieden, "die Regierung in Kiew über Qualität und Quantität ihrer Waffenlieferungen zur Verhandlungsbereitschaft mit Moskau zu bewegen".
*BILD* erfuhr, dass sich die Bundesregierung mittlerweile zum Hauptziel gesetzt habe, die Ukraine auf Basis des aktuellen Frontverlaufs in eine "strategisch gute Verhandlungsposition" zu versetzen. Aus dieser Position heraus solle das Land mit der Kremlführung über seine "Souveränität und territoriale Integrität", also über die Staatsform und die Grenzverläufe, verhandeln.
"Zelenskij soll selbst zu der Erkenntnis kommen, dass es so nicht weitergeht. Ohne Aufforderung von außen. Er soll sich aus freien Stücken an seine Nation richten und erklären, dass man verhandeln muss", sagt ein Regierungsinsider zu *BILD*.
*"Der deutsch-amerikanische Plan: Kiew genau jene Waffen in genau den Mengen zu liefern, dass die ukrainische Armee zwar die aktuelle Front halten kann, zu einer Rückeroberung der besetzten Gebiete militärisch jedoch nicht in der Lage ist."*
So soll Präsident Zelenskij zu der Einsicht gelangen, dass eine Fortsetzung des Krieges entlang einer festgefahrenen Front für sein Land nicht mehr sinnvoll sei.
Nach *BILD*-Informationen gibt es auch in westlichen Hauptstädten einen Plan B zu Verhandlungen, der im Ergebnis auf dasselbe hinauslaufen würde. Weiter erklärt der Regierungsinsider zu *BILD*:
*"Was Berlin und Washington als Alternative zu Verhandlungen anstreben, ist ein eingefrorener Konflikt ohne Einvernehmen der Konfliktparteien."*
Auch wenn Zelenskij und Putin nicht miteinander reden wollen, verfestigt sich die Kontaktlinie und wird zu einer neuen Quasi-Grenze zwischen der Ukraine und Russland. "Das ist dann wie Minsk, nur ohne Minsk", sagt der Insider mit Blick auf den 2014 geschlossenen brüchigen "Friedensvertrag" zwischen der Ukraine und Russland sarkastisch.
Ein Regierungsbeamter erklärt gegenüber *BILD*: "Es wird immer offensichtlicher, dass das Kanzleramt nicht an einen Sieg der Ukraine glaubt und ihn auch überhaupt nicht will. Das Waffenpaket, das Pistorius in die Ukraine brachte, ist kein Ausdruck, dass man das Ziel 'Die Ukraine muss gewinnen' verfolgt. Sondern es steht symbolisch dafür, dass man nur so wenig unterstützt, dass die Ukraine zu Verhandlungen, einem 'Minsk 3', gedrängt wird."

**Russischer Senator: Sind an echten Verhandlungen mit Kiew interessiert, nicht an deren Nachahmung**

Wiktor Bondarew, erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit des Föderationsrates Russlands, der Pressestelle des Russischen Föderationsrates gegenüber Sputnik zufolge:
„Russland ist derzeit an echten Verhandlungen mit der Ukraine interessiert, die den russischen Interessen in vollem Umfang Rechnung tragen sollten, und nicht an deren Nachahmung.“

 Er betonte:
*"Die Vernunft wird am Ende siegen, da bin ich mir sicher."*

Moskau trat immer für Friedensgespräche ein, diese wurden aber von Kiew sabotiert, um den USA zu gefallen, so der Senator.
*"Wir wollen nicht, dass die Ukrainer leiden, aber solange sie sich nicht selbst aktiv am Sturz der verhassten Junta beteiligen, werden sie 'stumme' und 'passive' Opfer der ukrainischen Tragödie bleiben, die vom Ausland initiiert wurde, das den ukrainischen Nationalismus nährt und die Ukraine in einen russophoben Staat verwandelt."*

 https://freedert.online/inland/187991-bild-enthuellt-plan-b